

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 479

Der Parteiausschluß

Voraussetzungen, Verfahren und
gerichtliche Überprüfung des Ausschlusses
von Mitgliedern aus politischen Parteien

Von

Johannes Risse



Duncker & Humblot · Berlin

***Johannes Risse* · Der Parteiausschluß**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 479

Der Parteiausschluß

Voraussetzungen, Verfahren und gerichtliche Überprüfung
des Ausschlusses von Mitgliedern aus politischen Parteien

Von

Dr. Johannes Risse



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Risse, Johannes:

Der Parteiausschluss: Voraussetzungen, Verfahren
u. gerichtl. Überprüfung d. Ausschlusses von Mit-
gliedern aus polit. Parteien / von Johannes Risse. —
Berlin: Duncker und Humblot, 1985.

(Schriften zum Öffentlichen Recht; Bd. 479)

ISBN 3-428-05751-1

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1985 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1985 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-05751-1

**Meiner Mutter
und dem Andenken meines Vaters
gewidmet**

Vorwort

Das Thema dieser Arbeit, der Parteiausschluß, ist in den letzten Jahren stärker als früher Gegenstand öffentlichen Aufsehens gewesen — man denke an den Ausschluß des Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen aus der SPD und des Friedensforschers Alfred Mechttersheimer aus der CSU. Bedeutung hatte und hat die Frage, wann und wie ein Mitglied aus seiner Partei ausgeschlossen werden kann, freilich unabhängig von spektakulären Ereignissen und von konkret durchgeführten Verfahren stets für das Verhältnis zwischen Partei und Mitglied. Meine Beschäftigung mit diesem Thema geht auf ein Ereignis vor etwa zehn Jahren zurück, als vier Kommilitonen, gegen die ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet worden war, mich baten, als Beistand tätig zu werden.

Die noch von Lengers (Rechtsprobleme bei Parteiausschlüssen, Diss. Bochum 1973) gemachte Erfahrung, daß die Parteien nicht bereit waren, Einsicht in die Unterlagen parteischiedsgerichtlicher Verfahren zu gewähren, trifft heute so nicht mehr zu. Für diese Arbeit konnten die Entscheidungen des Bundesparteigerichts der CDU, des Landesparteigerichts Nordrhein-Westfalen der FDP und die beim SPD-Bezirk Westliches Westfalen vorhandenen Entscheidungen vollständig berücksichtigt werden. Ferner stand mir eine Auswahl von Entscheidungen der Bundesschiedskommission der SPD, die deren stellvertretender Vorsitzender zusammenstellte, zur Verfügung.

Die Arbeit beruht auf einer Dissertation, die im Wintersemester 1982/83 der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld vorgelegen hat. Für die Drucklegung wurden Teile des § 2 umgearbeitet und die vorläufige Maßnahmen und vorläufigen Rechtsschutz betreffenden Teile (§ 12 E und § 13), die zunächst als Aufsatz konzipiert waren, angefügt; im übrigen wurden keine größeren Änderungen vorgenommen.

Danken möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Dr. Jochen Abr. Frowein, der die Arbeit betreut und das Erstgutachten erstattet hat, sowie Herrn Professor Dr. Dieter Grimm, der ebenfalls das Vorhaben gefördert und das Zweitgutachten erstellt hat; der Universität Bielefeld für die Gewährung von Leistungen nach dem Graduiertenförderungsgesetz und der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Unterstützung

durch ein Promotionsstipendium; stellvertretend für alle, die mir Informationen und Unterlagen aus den politischen Parteien gaben, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission der SPD, Herrn Staatsminister a. D. Dr. Johannes E. Strelitz, und dem Justitiar der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Herrn Assessor Peter Scheib; Herrn Ministerialrat a. D. Professor Dr. Dr. h. c. Johannes Broermann für die Aufnahme dieser Arbeit in die Reihe „Schriften zum Öffentlichen Recht“ und der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Niederntudorf und Witten,

am 8. September 1984

Johannes Risse

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung	31
----------------------	----

Erster Teil

Die Voraussetzungen des Ausschlusses

§ 2 Die Zulässigkeit von Ausschlußmaßnahmen	34
§ 3 Die Regelungen in der Parteisatzung	61
§ 4 Der Tatbestand des § 10 IV PartG	72
§ 5 Die Rechtswidrigkeit des Fehlverhaltens	123
§ 6 Das Ausschlußermessen	160

Zweiter Teil

Das Verfahren des Ausschlusses

§ 7 Das schiedsgerichtliche Verfahren	165
§ 8 Die gesetzlichen Anforderungen an das Verfahren	171
§ 9 „Ein gerechtes Verfahren“	193

Dritter Teil

Die gerichtliche Überprüfung

§ 10 Die Zulässigkeit einer auf gerichtliche Überprüfung zielenden Klage	221
§ 11 Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	232
§ 12 Das gerichtliche Verfahren	247

Anhang

§ 13 Vorläufige Maßnahmen im Parteiausschlußverfahren	259
---	-----

Literaturverzeichnis	273
-----------------------------	-----

Materialienverzeichnis	289
-------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	31
A. Der Gegenstand der Untersuchung	31
B. Eingrenzung des Themas	32
I. Politische Parteien	32
II. Ausschluß	32
III. Mitglieder	33

Erster Teil

Die Voraussetzungen des Ausschlusses

§ 2 Die Zulässigkeit von Ausschlußmaßnahmen	34
A. Die Grundlage der Ausschlußbefugnis	34
I. Vorschriften des Parteiengesetzes	34
II. Vereinsrechtliche Grundsätze	34
B. Die Verfassungsmäßigkeit der §§ 6 II Nr. 4, 10 IV PartG	35
I. Das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Partei und Mitglied	36
1. Die innerparteiliche Demokratie	36
a) Der Begriff „Demokratie“	36
b) Die Übertragung des staatlichen Demokratieprinzips auf die Parteien	36
c) Der Ausschluß von demokratischen Mitwirkungsrechten im staatlichen Bereich	37
aa) Art. 16 I GG	37
(1) Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit ..	38
(2) Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ..	39
bb) Verlust des Wahlrechts	39
d) Demokratische „Grundsätze“	41
2. Die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes	42
a) Die Präsentation politischer Programme	42
b) Das Streben nach Verwirklichung des Parteiprogramms	42
c) Die Offenheit gegenüber Entwicklungen im Volk ..	44
d) Die Transparenz innerparteilicher Vorgänge	45

3. Konflikte zwischen verfassungsrechtlichen Verbürgungen	45
II. Die Voraussetzungen der §§ 6 II Nr. 4, 10 IV PartG im Einzelnen	46
1. Die Anknüpfungspunkte für den Ausschluß	46
a) Der Verstoß gegen die Satzung	46
b) Der Verstoß gegen Grundsätze	46
c) Der Verstoß gegen die Ordnung	47
2. Die einschränkenden Tatbestandsmerkmale	47
a) Der Vorsatz beim Satzungsverstoß	47
b) Die Erheblichkeit des Verstoßes gegen Grundsätze und Ordnung	48
c) Der schwere Schaden	48
3. Die Bestimmung in der Satzung	49
4. Gegenrechte des Mitglieds	49
III. Besondere Fallgruppen	49
1. Die Doppelmitgliedschaft	49
a) Die Notwendigkeit einer Möglichkeit zur Beendigung der Mitgliedschaft	50
b) Die rechtstechnischen Möglichkeiten zur Beendigung der Mitgliedschaft	51
aa) Die Fiktion der Austrittserklärung	51
bb) Die automatische Beendigung der Mitgliedschaft	52
cc) Der Ausschluß	53
c) Das Schadenserfordernis in § 10 IV PartG	54
2. Die Kandidatur auf dem Vorschlag einer gegnerischen Partei	55
3. Die Beitragssäumigkeit	57
4. Verfassungswidriges Verhalten	57
5. Sonstige Fallgruppen	58
IV. Das Verhältnis zwischen Aufnahme- und Ausschlußregelung im Parteiengesetz	58
1. Die Ungleichbehandlung	58
2. Die Bindung des Gesetzgebers an Art. 3 I GG	59
3. Gründe für die Ungleichbehandlung	59
4. Der Aufnahmeanspruch	60
C. Die Voraussetzungen des Ausschlusses	60
§ 3 Die Regelungen in der Parteisatzung	61
A. Die Parteisatzung	61
I. Die Gültigkeit der Satzung	61

II. Die Satzung im Sinne von § 6 II PartG	61
1. Satzungen von Gliederungen	61
2. Nebenordnungen	62
B. Die Rechtsfolge Ausschluß	63
C. Die Voraussetzungen des Ausschlusses	63
I. Die Gesetzssystematik	63
II. Der Regelungsrahmen des § 10 IV PartG	63
III. Der Schutz der Mitglieder	63
IV. Die Bestimmtheit	64
1. Bestimmbarkeit	64
2. Die Verwendung bestimmter Tatbestandsfassungen	64
3. Die Verwendung unbestimmter Tatbestandsfassungen .	66
4. Die Möglichkeiten bestimmter Tatbestandsfassungen ..	68
D. Die Anwendung satzungsmäßiger Ausschlußregelungen	69
I. Verstöße gegen § 10 IV PartG	69
II. Die Auslegung	70
§ 4 Der Tatbestand des § 10 IV PartG	72
A. Allgemeines	72
B. Der Verstoß gegen die Satzung	72
I. Satzung i. S. d. § 10 IV PartG	72
1. Satzungen von Gliederungen	72
2. Nebenordnungen	73
II. Satzungsvorschriften über Grundsätze und Ordnung	74
III. Der Verstoß	74
IV. Der persönliche Geltungsbereich	74
C. Der Verstoß gegen Grundsätze	75
I. Definition	75
1. Hergebrachte Auslegungen	75
2. Sprachliche Auslegung	75
3. Der Unterschied gegenüber Satzung und Ordnung	75
4. Beschränkung auf Programmatik	76
a) Der Begriff Programmatik	76
b) Die weitergehende Auffassung der Bundesschieds-	
kommission	77
5. Programmatik und Grundsätze	78
a) Der Begriff Programm	78

b) Programmmatische Beschlüsse von Vorständen	78
aa) Die Kompetenz des Parteitags	78
bb) Die Auslegung von Parteitagsbeschlüssen	78
cc) Veränderungen der maßgeblichen Umstände ..	79
c) Der „Kernbereich“ der Programmatik	80
aa) Der Grund der Beschränkung auf den Kernbereich	80
bb) Der Umfang des Kernbereichs	80
d) Die Feststellbarkeit von Programmsätzen	81
6. Grundsätze von Gliederungen	81
II. Die Ermittlung von Grundsätzen	82
III. Die praktische Bedeutung von Grundsätzen	83
IV. Umfang und Konsequenzen eines Grundsatzes	83
1. Existenz des Grundsatzes	83
2. Direkte Verstöße gegen den Grundsatz	83
3. Konsequenzen aus dem Grundsatz	83
D. Der Verstoß gegen die Ordnung	85
I. Definition	85
II. Die Ermittlung von Ordnungssätzen	87
III. Fallgruppen	89
1. Verstöße gegen staatliches Recht	89
a) Beleidigungen	90
b) Vermögensdelikte	90
c) Verletzungen von Amtspflichten	91
d) Weitere Beispiele	91
2. Rücksichtnahme auf das Parteiinteresse	91
a) Parteiloyalität	92
b) Interne Regelung von Differenzen	93
c) Sachlichkeit der Auseinandersetzung	94
3. Sorgfaltspflichten bei „schadensgeneigten“ Tätigkeiten	94
4. Einhaltung von Vergleichen	95
E. Der „erhebliche“ Verstoß	96
I. Erheblichkeit der Handlung	96
II. Der Zweck des Erheblichkeitserfordernisses	97
F. Der schuldhafte Verstoß	97
I. Der Vorsatz beim Satzungsverstoß	97
1. Der Begriff Vorsatz	98
2. Der Vorsatz hinsichtlich der Tatumstände	98

3. Der Vorsatz hinsichtlich der Verbotsnorm	98
4. Die „verwerfliche Gesinnung“	99
5. Der Einfluß von Irrtümern auf den Vorsatz	100
II. Vorsatz beim Verstoß gegen Grundsätze und Ordnung ...	100
III. Das Verschulden beim Verstoß gegen Grundsätze und Ordnung	102
1. Der Zweck des § 10 IV PartG	102
2. Die Rolle des Verschuldens im staatlichen Recht	102
3. Formulierungen anderer Gesetzesvorschriften	103
4. Definition von Vorsatz und Fahrlässigkeit	103
G. Das Verhältnis der drei Arten von Verstößen zueinander	104
I. Günstigkeitsprinzip	104
II. Rangverhältnis	105
1. Der Vorrang der Satzung	105
2. Der Rang ungeschriebener Normen	106
3. Der Vorrang der Grundsätze gegenüber der Ordnung ..	106
H. Der schwere Schaden	106
I. Der Schaden	106
1. Materieller Schaden	106
2. Immaterieller Schaden	107
3. Die Schadensermittlung	108
4. Die Abgrenzung zwischen materiellem und immateriel- lem Schaden	108
5. Die Abgrenzung zur Gefahr eines Schadens	108
II. Der „schwere“ Schaden	109
1. Das Fehlen von Definitionen	109
2. Die Unterscheidung zwischen Schaden und Verstoß	109
3. Die Einmaligkeit eines Verstoßes	109
4. „Dauerdelikte“	109
5. Interessenlage und Selbstverständnis der Partei	110
6. Die Würdigung der Gesamtumstände	111
III. Die Kausalität	112
1. Kausalitätstheorien	112
2. Eingriffe anderer in den Kausalablauf	112
IV. Das Verschulden in bezug auf den Schaden	113
1. Verschulden und Schaden im Zivil- und im Strafrecht .	113
2. Die Funktion des § 10 IV PartG	114
3. Inhalt des Verschuldens	114

J. Umfang und Grenzen des Geltungsbereichs des § 10 IV PartG ..	114
I. Die Beendigung der Mitgliedschaft durch Austritt oder kraft Gesetzes	114
II. Verzicht auf das schiedsgerichtliche Verfahren	115
III. Der Regelungsbereich des § 10 IV PartG	115
1. Pflichtenneutrale Regelungen	115
2. Die Anfechtung der Aufnahmeerklärung	116
IV. Verfassungsrechtliche Erfordernisse	116
V. Der Zweck des § 10 IV PartG	117
1. Beitragssäumigkeit	117
2. Dauerdelikte	118
VI. Treu und Glauben	119
1. Mißbräuchliche Rechtsausübung	119
2. Verwirkung	120
VII. Notstandsähnliche Situationen	120
1. Der Versuch einer ausschlußbegründenden Tat	120
2. Der Verdacht einer ausschlußbegründenden Tat	121
§ 5 Die Rechtswidrigkeit des Fehlverhaltens	123
A. Fehlende Rechtswidrigkeit aufgrund innerparteilicher Normen	123
B. Fehlende Rechtswidrigkeit aufgrund staatlicher Normen	123
C. Verfassungsrechtliche Freiheiten des Mitglieds	124
I. Unmittelbare Geltung der Grundrechte	125
II. Innerparteiliche Demokratie	125
1. Teilhabe an der förmlichen Willensbildung	125
2. Meinungsfreiheit	126
a) Informationsfreiheit	127
b) Rein parteiinterne Meinungsäußerungen	127
aa) Meinungsäußerungen vor und nach der Be- schlußfassung	128
bb) Verstoß gegen einen „Kern“ von politischen Positionen der Partei	129
cc) Unvereinbarkeit der Gesamtansichten	130
dd) Beleidigungen und unsachliche persönliche An- griffe	130
c) Der Öffentlichkeit zugängliche Meinungsäußerungen	131
d) Meinungsäußerungen außerhalb der Partei	132
3. Vereinigungsfreiheit	133
a) Internvereinigungen	133
b) Externvereinigungen	135

4. Versammlungsfreiheit	135
5. Weitere Grundrechte	136
III. Drittwirkung der Grundrechte	136
1. Unmittelbare und mittelbare Drittwirkung	137
2. Gesichtspunkte für die Anwendung der Grundrechte ..	138
a) Vorrang spezieller Verfassungsnormen	139
b) Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien	139
c) Die Auslegung des einzelnen Grundrechts	139
d) Rechtsgeschäftliche Bindung	139
e) Widersprüchliche Wahrnehmung von Grundrechten	139
f) Die soziale Übermacht der Partei	140
g) Wahlrechtliche Benachteiligungen kleinerer Parteien	140
h) Kollision mit anderen Interessen des Mitglieds	140
IV. Die Drittwirkung einzelner Grundrechte	141
1. Meinungsfreiheit (i. w. S.)	141
a) Meinungsäußerungen außerhalb der Partei	141
b) Pressefreiheit	143
c) Freiheit der Wissenschaft	144
2. Vereinigungsfreiheit	144
a) Andere politische Parteien und deren Neben- und Hilfsorganisationen	144
b) Sonstige gegnerische Organisationen	145
c) Die negative Vereinigungsfreiheit	146
d) Die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer	147
e) Die Koalitionsfreiheit von Nichtarbeitnehmern	149
3. Berufsfreiheit	149
a) Berufswahl	149
b) Berufsausübung	150
4. Religions- und Weltanschauungsfreiheit	151
5. Allgemeine Handlungsfreiheit, insbesondere im Privat- leben	152
V. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	152
1. Schutz von parlamentarischem Verhalten	153
2. Art. 38 I GG	153
3. Art. 46 I GG	157
4. Die Praxis der Parteien	157
D. Freiheitsräume des Mitglieds aufgrund einfachen Rechts	158
I. Spezielle Normen	158
II. Generalklauseln	159

§ 6 Das Ausschlußermessen	160
A. Die Pflicht zur Ermessensausübung	160
I. Die Autonomie der Parteien	160
II. Der Begriff „kann“	160
III. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	160
IV. Die Praxis der Schiedsgerichte	161
V. Das Selbstverständnis der Partei	162
B. Ermessensgesichtspunkte	162
I. Wiederholungsgefahr	162
II. Mitverschulden anderer Mitglieder	163
III. Schadensminderung und -behebung	163
IV. Schadensumfang	163
V. Motivation	163
VI. Jugendlichkeit	163
VII. Besondere Verpflichtung der Partei	164

Zweiter Teil

Das Verfahren des Ausschlusses

§ 7 Das schiedsgerichtliche Verfahren	165
A. Die gesetzliche Anordnung des schiedsgerichtlichen Verfahrens	165
B. Die Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Anordnung	165
I. Die Parteienautonomie	165
II. Die Rechtsstellung des Mitglieds	167
III. Art. 92 GG	167
IV. Art. 101 I 2 GG	168
C. Ausnahmen vom schiedsgerichtlichen Verfahren	168
I. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	169
II. Beitragssäumigkeit	169
III. Andere Fallgruppen, insbesondere Doppelmitgliedschaft ..	170
D. Die Anforderungen an das Verfahren	170
§ 8 Die gesetzlichen Anforderungen an das Verfahren	171
A. Die Anforderungen aus dem Parteiengesetz	171
I. Die Schiedsgerichtsordnung	171

II. Die Organisation der Schiedsgerichtsbarkeit	172
1. § 14 I 1 PartG	172
2. Ausnahmen von § 14 I 1 PartG	172
III. Die Möglichkeit der Berufung	173
1. „Berufung“	173
2. „Schiedsgericht höherer Stufe“	173
3. Die Berufungsbefugnis	174
IV. Die Wahl der Mitglieder der Schiedsgerichte	174
1. Die Amtszeit	174
2. Das Wahlgremium	174
V. Die Anzahl der Mitglieder der Schiedsgerichte	175
VI. Die Inkompatibilität	176
VII. Die Unabhängigkeit	177
1. Weisungsfreiheit	177
2. Verbot nachträglicher Sanktionen	178
3. Verbot der Abwahl	178
VIII. Die Ablehnung wegen Befangenheit	178
1. Die Besorgnis der Befangenheit	178
2. Besorgnisgründe	179
3. Die Ablehnungsbefugnis	180
IX. Das rechtliche Gehör	180
1. Die Gelegenheit zu tatsächlichem Vorbringen	180
2. Die Berücksichtigung tatsächlichen Vorbringens	180
3. Mündlichkeit	181
X. Die schriftliche Begründung	181
B. Die Anwendung eines staatlichen Prozeßgesetzes	182
C. Die Anwendung der §§ 1025 ff. ZPO	182
D. Die anwaltliche Vertretung	183
E. Grundrechte	185
I. Schweigepflichten und Meinungsfreiheit	185
II. Der Gleichheitssatz	187
1. Die Einleitung des Ausschlußverfahrens	187
2. Besondere Zuständigkeiten im Anschluß an „Sofort- maßnahmen“	189
3. Besondere Zuständigkeiten für Verfahren gegen Inhaber wichtiger Funktionen	189
III. Prozeßgrundrechte	190

F. Staatsrechtliche Erfordernisse	190
I. Verfahren gegen Abgeordnete	190
II. Ausländer als Schiedsrichter	190
III. Das Wahlgeheimnis	191
§ 9 „Ein gerechtes Verfahren“	193
A. Allgemeines	193
I. Anforderungen an die Schiedsgerichtsordnung und an das Verfahren	193
II. Definition	193
III. Maßstäbe	194
IV. Das Verhältnis zu anderen Generalklauseln	195
B. Einzelfragen	195
I. Das Schiedsgericht	195
1. Organisatorische Unabhängigkeit	195
2. Die Besetzung des Schiedsgerichts	196
3. Das Gebot des gesetzlichen Richters	196
II. Beistände und Vertreter	198
III. Die Einleitung des Verfahrens	199
1. Die Antragsbefugnis	199
2. Der Zeitpunkt der Antragstellung	200
3. Der Antragsinhalt	202
IV. Verfahrenshindernisse	203
1. Materielle endgültige schiedsgerichtliche Entscheidung	203
2. Schiedsgerichtliche Entscheidung über die Zulässigkeit	204
3. Gütliche Beilegung vor dem Schiedsgericht	204
4. Gütliche Beilegung ohne Beteiligung des Schiedsge- richts	204
5. Maßnahmen eines Vorstands	205
V. Verfahrensgrundsätze	205
1. Untersuchungs- und Verhandlungsgrundsatz	205
2. Schriftlichkeit und Mündlichkeit	207
3. Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit	208
4. Unschuldsvermutung	210
5. Beschleunigung	210
VI. Die Tatsachenfeststellung	211
1. Die Beweismittel	211
2. Mitwirkungspflichten des Mitglieds	212

3. Beweisbeschränkungen	213
a) Schweigepflichten	213
b) Zeugnisverweigerungsrechte aus persönlichen Gründen	213
c) Die Nichtzulassung parteifremder Zeugen	214
4. Beweiserleichterungen	215
a) — bei der Feststellung schweren Schadens	215
b) — bei der Qualifizierung gegnerischer Aktivitäten	216
5. Die Beweislast	217
VII. Die Entscheidung	218
1. Ne ultra petita	218
2. Reformatio in peius	219
VIII. Die Rechtsmitteleinlegung	219
1. Rechtsmittelfristen	219
2. Rechtsmittelbelehrung	219
3. Vorlage des Mitgliedsbuchs	220

Dritter Teil

Die gerichtliche Überprüfung

§ 10 Die Zulässigkeit einer auf gerichtliche Überprüfung zielenden Klage	221
A. Der Rechtsweg	221
I. „Strafsachen“	221
II. „Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art“	221
1. „Verfassungsrechtlich“	221
2. „Öffentlich-rechtlich“	222
III. „Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten“	223
B. Der Ausschluß des Rechtswegs	224
I. — durch Gesetz	224
II. — durch Parteisatzung	224
C. Die Erschöpfung des parteiinternen Rechtswegs	225
D. Das Klagebegehren	226
I. Feststellungs- oder Aufhebungsklage	226
II. Das Feststellungsinteresse	227
III. Aufhebungsklage nach § 1041 I ZPO	227
E. Der Klagegegner	229

F. Die Zuständigkeit	230
I. Die sachliche Zuständigkeit	230
II. Die örtliche Zuständigkeit	230
G. Die Klagefrist	231
H. Besondere Fallgestaltungen	231
I. Leistungsklage des Mitglieds	231
II. Feststellungsklage der Partei	231
§ 11 Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	232
A. Der Grundsatz vollständiger gerichtlicher Prüfung	232
B. Gründe und Maßstäbe eingeschränkter Überprüfung	233
I. Die Vereinsautonomie	233
1. Das Argument der Vereinsautonomie	233
a) — als verfassungsrechtlicher Gesichtspunkt	234
b) — als zivilrechtlicher Gesichtspunkt	234
c) Die Stellung des Mitglieds im Verein	235
2. Die Qualität vereinsautonomer Regelungen	236
a) Religionsgemeinschaftliche Akte	236
b) Generelle Beschlußfassungen	237
c) Individuelle Beschlußfassungen	237
II. Die Stellung der Parteien	238
1. Die Programmautonomie	238
2. Die innerparteiliche Demokratie	240
3. Die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes	241
III. Die Schiedsgerichtsbarkeit und das materielle Ausschluß- recht	241
C. Die Gegenstände der gerichtlichen Überprüfung	242
I. Das Ausschlußverfahren	242
II. Die Ausschlußentscheidung	242
III. Die Ausschlußvoraussetzungen	243
1. Die Tatsachenkontrolle	243
a) „Normale“ Tatsachen	243
b) Tatsachen politischer Beurteilung	243
c) Einschätzungstatsachen	244
2. Die Subsumtionskontrolle	244
IV. Die dem Ausschluß entgegenstehenden Gründe	245

V. Das Ausschlußermessen	245
1. Zugrundelegung unrichtiger Tatsachen	245
2. Ermessensnichtgebrauch	245
3. Ermessensfehlgebrauch	245
4. Unbilligkeit	246
§ 12 Das gerichtliche Verfahren	247
A. Untersuchungs- und Verhandlungsgrundsatz	247
B. Die Beweislast	248
C. Die Entscheidung	249
I. Der Ausspruch zur Hauptsache	249
II. Die Vollstreckbarkeit	250
D. Rechtsmittel	250
I. Die Berufung	250
II. Die Revision	250
1. Die revisiblen Normen	250
a) Bundes- und Landesrecht	250
b) Parteisatzungen und Nebenordnungen	251
c) Parteiprogramme und ungeschriebene Ordnungs- sätze	251
2. Das Revisionsgericht	252
E. Vorläufiger Rechtsschutz	252
I. Die Arten einstweiliger Verfügungen	252
1. Die Sicherungsverfügung nach § 935 ZPO	252
2. Die Regelungsverfügung nach § 940 ZPO	253
3. Die Leistungsverfügung	253
II. Die Bedeutung des § 10 V 3 PartG	253
III. Das zuständige Gericht	254
IV. Der Zeitpunkt der Antragstellung	254
V. Der Verfügungsanspruch	254
1. Das Entstehen der Mitgliedschaft	254
2. Die Beendigung der Mitgliedschaft	254
3. Die Rechtmäßigkeit der Ausschlußentscheidung	255
VI. Der Verfügungsgrund	256
VII. Der Inhalt der Verfügung	257
VIII. Die Schadensersatzpflicht nach § 945 ZPO	257

Anhang

§ 13 Vorläufige Maßnahmen im Parteiausschlußverfahren	259
A. Die Voraussetzungen der vorläufigen Maßnahme	259
I. Die satzungsmäßige Grundlage	259
II. Der Zusammenhang mit einem Ausschlußverfahren	260
III. „Dringende und schwerwiegende Fälle, die sofortiges Ein- greifen erfordern“	261
1. „Schwerwiegend“	261
2. Eilbedürftigkeit	263
3. „Erforderlichkeit“	263
B. Die vorläufige Maßnahme während des schiedsgerichtlichen Ver- fahrens	265
I. Die Höchstdauer der Maßnahme	265
II. Die Aufhebung durch den Vorstand	265
III. Die Aufhebung durch das Schiedsgericht	265
IV. Aufhebungsgründe	266
C. Vorläufige Maßnahmen und staatliche Gerichtsbarkeit	267
I. Die Zulässigkeit einer auf gerichtliche Überprüfung zie- lenden Klage	267
1. Rechtsweg und sachliche Zuständigkeit	267
2. Erschöpfung des parteiinternen Rechtsweges	267
3. Klageart	268
4. Die gemeinsame Geltendmachung mit der gegen den Ausschluß erhobenen Klage	268
II. Die Begründetheit einer auf gerichtliche Überprüfung zie- lenden Klage	269
III. Vorläufiger Rechtsschutz	270
1. Die Zulässigkeit	270
a) § 10 V 3 PartG	270
b) Vorläufiger Rechtsschutz durch die Schiedsgerichte	270
2. Das Verhältnis zwischen staatlichem und schiedsge- richtlichem vorläufigem Rechtsschutz	270
3. Der Verfügungsanspruch	271
4. Der Verfügungsgrund	272
 Literaturverzeichnis	 273
 Materialienverzeichnis	 289

Abkürzungsverzeichnis

(A)	= Österreich
Abg.	= Abgeordneter
AbgabenO	= Abgabenordnung
AcP	= Archiv für die civilistische Praxis
a. F.	= alter Fassung
AGB	= Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	= Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGGVG	= Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes
AGVwGO	= Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
AktienG	= Aktiengesetz
AL Berlin	= Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
AllgVerwR	= Allgemeines Verwaltungsrecht
a. M.	= anderer Meinung
AÖR	= Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	= Arbeitsgerichtsgesetz
ASJ	= Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen
ASTa	= Allgemeiner Studentenausschuß
AT	= Allgemeiner Teil
AtomG	= Atomgesetz
Aug.	= August
AuR	= Arbeit und Recht (Zeitschrift)
Az.	= Aktenzeichen
(B)	= Belgien
BAFöG	= Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	= Bundesarbeitsgericht
BAGE	= Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	= Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl	= Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	= Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BBG	= Bundesbeamtengesetz
BDHE	= Entscheidungen des Bundesdisziplinarhofes
BDiszO, BDO	= Bundesdisziplinarordnung
BeamtenG	= Beamtengesetz
Begr.	= Begründer
BeitragsrahmenO	= Beitragsrahmenordnung
Bericht	= Rechtliche Ordnung des Parteienwesens, Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission
BetrVG	= Betriebsverfassungsgesetz
BesVerwR	= Besonderes Verwaltungsrecht
BezSchG	= Bezirksschiedsgericht (der CSU)
BezSchK	= Bezirksschiedskommission (der SPD)
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof

BGHSt	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BK	= Bonner Kommentar
Bl.	= Blatt
BPersVG	= Bundespersonalvertretungsgesetz
BPOrgSt	= Bundesparteiorganisationsstatut
BPtG	= Bundesparteigericht (der CDU)
BRAO	= Bundesrechtsanwaltsordnung
BRRG	= Beamtenrechtsrahmengesetz
BSchK	= Bundesschiedskommission (der SPD)
BSchO	= Bundesschiedsordnung
BT	= Deutscher Bundestag
BT	= Besonderer Teil
Buchst.	= Buchstabe
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVertriebenengG	= Bundesvertriebenengesetz
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVfGG	= Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BW	= Baden-Württemberg
BWahlG	= Bundeswahlgesetz
BWahlO	= Bundeswahlordnung
BWG	= Bundeswahlgesetz
CDA (NL)	= Christen Democratisch Appél
CDU	= Christlich Demokratische Union Deutschlands
(CH)	= Schweiz
CSM	= Christlich-Soziale Mitte in Augsburg e. V.
CSU	= Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
CSV (L)	= Chröschtlech-sozial Vollektspartei — Christlich-soziale Volkspartei — Parti chrétien-social
CVP (B)	= Christelijke Volkspartij
CVP (CH)	= Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz — Parti démocrate-chrétien suisse — Partito democratico-cristiano svizzero
D'66 (NL)	= Politieke Partij Democraten '66
DAG	= Deutsche Angestelltengewerkschaft
DB	= Der Betrieb (Zeitschrift)
DBR	= Das Deutsche Bundesrecht
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
DGB	= Deutscher Gewerkschaftsbund
DisziplinarO	= Disziplinarordnung
DJH	= Deutsches Jugendherbergswerk
DJT	= Deutscher Juristentag
(DK)	= Dänemark
DKP	= Deutsche Kommunistische Partei
DM	= Deutsche Mark
DÖV	= Die öffentliche Verwaltung
DP	= Deutsche Partei
DP (L)	= Parti Démocratique Luxembourg
DRiG	= Deutsches Richtergesetz
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
DrucksBT	= Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Anlagen zu den Stenographischen Berichten
DuR	= Demokratie und Recht (Zeitschrift)

d. V.	= der Verfasser
DVBl	= Deutsches Verwaltungsblatt
EGVG	= Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGZPO	= Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung
EinkommenssteuerG	= Einkommensteuergesetz
ESVGH	= Entscheidungen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe beider Länder
EuGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGRZ	= Europäische GRUNDRECHTE Zeitschrift
EuKMR	= Europäische Kommission für Menschenrechte
EuMRK	= Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EuWahlG	= Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz) vom 16. Juni 1978 (BGBl I, S. 709)
e. V.	= Eingetragener Verein
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP, F.D.P.	= Freie Demokratische Partei
FGO	= Finanzgerichtsordnung
FinBO	= Finanz- und Beitragsordnung
FN	= Fußnote (bei Verweisen innerhalb der Arbeit)
FSchr	= Festschrift
Fußn.	= Fußnote (bei Zitaten)
g.	= gegen
(GB)	= Großbritannien und Nordirland
GemeindeO	= Gemeindeordnung
GeschO BT	= Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GenossenschaftsG	= Genossenschaftsgesetz
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GjS	= Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
(GR)	= Griechenland
GRÜNE, Grüne	= DIE GRÜNEN
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz
Halbs.	= Halbsatz
HandwerksO	= Gesetz zur Ordnung des Handwerks
HessBeamtenG	= Hessisches Beamtengesetz
HessGemeindeO	= Hessische Gemeindeordnung
HessSOG	= Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HGB	= Handelsgesetzbuch
h. M.	= herrschende Meinung
HSchG	= Hochschulgesetz
HSchRG	= Hochschulrahmengesetz
HVR	= Handbuch des Verfassungsrechts
(I)	= Italien
i. d. F.	= in der Fassung
i. d. R.	= in der Regel
i. E.	= im Ergebnis
(IRL)	= Republik Irland
i. S. d.	= im Sinne des, der
i. S. v.	= im Sinne von
i. V. m.	= in Verbindung mit

JAG	= Juristenausbildungsgesetz
JGG	= Jugendgerichtsgesetz
JR	= Juristische Rundschau
JurBüro	= Das juristische Büro (Zeitschrift)
JuS	= Juristische Schulung
JW	= Juristische Wochenschrift
JZ	= Juristenzeitung
KBW	= Kommunistischer Bund Westdeutschland
KG	= Kammergericht
KommunalwahlG	= Kommunalwahlgesetz
KPV NW	= Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Demokratischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.
KreisO	= Kreisordnung
KSchG	= Kündigungsschutzgesetz
(L)	= Luxemburg
LAG	= Landesarbeitsgericht
LBG	= Landesbeamtengesetz
LD	= Liberale Demokraten
LDiszO	= Landesdisziplinarordnung
LG	= Landgericht
LHV	= Liberaler Hochschulverband
LOG	= Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung
LPersVG	= Landespersonalvertretungsgesetz
LSAP (L)	= Letzebuerger Sozialistesch Arbechterpartei — Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei — Parti Ouvrier Luxembourgeois
LSchG	= Schiedsgericht des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
LSchG Berlin	= Schiedsgericht des FDP-Landesverbandes Berlin
LuftVG	= Luftverkehrsgesetz
LV	= Landesverfassung
LWahlG	= Landeswahlgesetz; Landtagswahlgesetz
MDHS	= Maunz / Dürig / Herzog / Scholz (Kommentar)
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
m. E.	= meines Erachtens
Mskr.	= Manuskript
MünchKomm	= Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
m. w. N.	= mit weiteren Nachweisen
(N)	= Norwegen
Nds	= Niedersachsen
NdsBeamtenG	= Niedersächsisches Beamtengesetz
NdsGemeindeO	= Niedersächsische Gemeindeordnung
NdsKommunalwahlG	= Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz
NdsLWahlG	= Niedersächsisches Landtagswahlgesetz
NILP (GB)	= Northern Ireland Labour Party
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
(NL)	= Niederlande
NPD	= Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	= Nordrhein-Westfalen
OBG	= Ordnungsbehördengesetz
ÖTV, ötv	= Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

ÖVP (A)	= Österreichische Volkspartei
o. J.	= ohne Jahresangabe
OLG	= Oberlandesgericht
OLGZ	= Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Herausgegeben von August Deisenhofer und Paul Jansen
OLGZE	= Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Civilrechts, Herausgegeben von B. Mugdan und R. Falkmann
o. O.	= ohne Ortsangabe
OrgSt	= Organisationsstatut
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGE	= Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg mit Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen und des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, Amtliche Sammlung
OWiG	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PartG	= Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PartGE	= Entwurf eines Parteiengesetzes
PASOK (GR)	= Πανελλήνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα (ΠΑ. ΣΟ. Κ. — Pannellinio Sosialistiko Kinima — Allgriechische Sozialistische Bewegung)
PGO	= Parteigerichtsordnung
PolizeiG	= Polizeigesetz
pp.	= perge, perge („fahre fort“)
Prot.	= Protokoll
PvdA (NL)	= Partij van de Arbeid
PVSchK	= Schiedskommission beim Parteivorstand der SPD (frühere Bezeichnung der Bundesschiedskommission)
PVV (B)	= Partij voor Vrijheid en Vooruitgang
RCDS	= Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RdA	= Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RG	= Reichsgericht
RGRK	= Alff, Richard u. a., Das Bürgerliche Gesetzbuch („Reichsgerichtsratekommentar“)
RGSt	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RuP	= Recht und Politik (Zeitschrift)
RuStAG	= Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
S.	= Seite
(S)	= Schweden
SAP (S)	= Sveriges Socialdemokratiska Arbetarparti
SchO	= Schiedsordnung
SchuldR	= Schuldrecht
SchweizBG	= Schweizerisches Bundesgericht
SDLP (GB)	= Social Democratic and Labour Party
SDP (GB); S.D.P. (GB)	= Social Democratic Party
Sec.	= Section
(SF)	= Finnland
SGG	= Sozialgerichtsgesetz
sog.	= sogenannte(r)

SOG Nds	= Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Niedersachsen
Sp.	= Spalte
SP (B)	= Sozialistische Partei
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ (A)	= Sozialistische Partei Österreichs
SPS (CH)	= Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSW	= Südschleswiger Wählerverband
StenBerBT	= Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte
StGB	= Strafgesetzbuch
StHG	= Staatshaftungsgesetz
StJ	= Stein / Jonas (Kommentar)
StPO	= Strafprozeßordnung
StVG	= Straßenverkehrsgesetz
SVP (I)	= Südtiroler Volkspartei
Tb	= Teilband
TVG	= Tarifvertragsgesetz
UBSchK	= Unterbezirksschiedskommission (der SPD)
UNO	= United Nations Organization
unv.	= unveröffentlicht
u. U.	= unter Umständen
VerwArch	= Verwaltungsarchiv
VG	= Verwaltungsgericht
VGH	= Verwaltungsgerichtshof
VOBl BritZ	= Verordnungsblatt für die Britische Zone
VVD (NL)	= Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VVDStRL	= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	= Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	= Verwaltungsverfahrensgesetz
WahlO	= Wahlordnung
WehrpflichtG	= Wehrpflichtgesetz
ZaöRV	= Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZdK	= Zentralkomitee der deutschen Katholiken
ZfA	= Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfP	= Zeitschrift für Politik
ZParl	= Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	= Zivilprozeßordnung
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik
ZZP	= Zeitschrift für Zivilprozeß

§ 1

Einleitung

A.

Der Ausschluß eines Mitgliedes aus seiner Partei ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Für das ausgeschlossene Mitglied ist er der Verlust einer wichtigen, wenn auch selten der einzigen Möglichkeit, sich politisch zu engagieren¹. Für die Partei selbst und ihre Mitglieder erhalten Ausschlußentscheidungen über den Einzelfall hinaus Bedeutung, indem sie klarstellen, welches Verhalten die Partei hinnimmt und welches zum Ausschluß führen kann. Der Handlungsspielraum, den die Parteien damit haben oder auch nicht haben, kann nicht ohne Auswirkungen auf sie, ihre Programmatik und ihr politisches Verhalten bleiben². Der Parteiausschluß ist deshalb in erster Linie für das Innenleben der Parteien bedeutsam³. Da die Parteien nach Art. 21 I 1 GG bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, ist der Parteiausschluß schließlich auch für die Art und Weise relevant, in der die Parteien die ihnen zugeordnete Funktion erfüllen. Daß diese dem Staat von Verfassungs wegen nicht gleichgültig ist, zeigt Art. 21 I 3 GG: Die innere Ordnung der politischen Parteien muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Der Parteiausschluß berührt also Interessen des Mitglieds, der Partei und des Staates, und dem ist Rechnung zu tragen, wenn im folgenden geklärt werden soll, unter welchem materiellen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen ein Ausschluß erfolgen kann, und inwieweit er der Überprüfung durch staatliche Gerichte unterliegt.

¹ Bürgerinitiativen, Berufsorganisationen, Gewerkschaften, sozialpolitische Organisationen, Kirchen usw. bieten auch Möglichkeiten zu politischem Engagement, so daß es selten richtig ist, im Parteiausschluß ein „politisches Todesurteil“ für den einzelnen zu sehen (so aber Heimann, politische Parteien, S. 98; ähnlich auch Reel, S. 325).

² Zur innerparteilichen Bedeutung von Parteiordnungsmaßnahmen siehe Hasenritter, S. 125 - 200.

³ Dazu näher: Hasenritter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 14 - 15/1982, S. 19 - 28.

B.

I. Die Begrenzung der Thematik auf politische Parteien schließt es aus, andere Organisationen, die zum Teil ähnliche Probleme haben, zu behandeln⁴. Es soll hier auch keine Stellungnahme zum Begriff der politischen Partei abgegeben werden. Daß etwa SPD, CDU, CSU und FDP Parteien sind, bedarf keiner Erörterung. Ob andere Organisationen, die hier als Parteien bezeichnet werden, wirklich solche i. S. d. Art. 21 I GG sind, und ob sie alle Voraussetzungen des § 2 PartG erfüllen⁵, kann für diese Betrachtungen dahinstehen⁶.

II. Der Ausschluß als Gegenstand dieser Untersuchung führt in mehrfacher Hinsicht zu Beschränkungen. Er bezeichnet die Beendigung des Mitgliedschaftsverhältnisses durch einen Akt der Partei. Nicht erfaßt sind somit die Beendigung durch einen Akt des Mitglieds selbst (Austritt)⁷ oder durch den Eintritt gesetzlicher Tatbestände⁸. Ähnlichkeit mit dem Ausschluß haben einige andere Arten der Beendigung der Mitgliedschaft, die hier ebenfalls nicht behandelt werden: Die Anfechtung des Aufnahmeaktes nach §§ 119, 123 BGB durch die Partei mag etwa in Betracht kommen, wenn ein Bewerber durch unwahre Angaben seine Aufnahme erreicht hat⁹. In Parteisatzungen wird zum Teil versucht, für bestimmte Fälle von Fehlverhalten vereinfachte Formen der Beendigung der Mitgliedschaft vorzusehen, etwa durch Normierung von Beendigungstatbeständen¹⁰ oder durch fingierte Austrittserklärungen¹¹. Dort ist das Problem, ob nicht die Voraussetzungen und das

⁴ Zum Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern siehe etwa BGH NJW 1973, 35; BGH NJW 1978, 1370; Popp JuS 1980, 798 ff.; OLG Celle NJW 1980, 1004. — Zur Abgrenzung der politischen Partei gegenüber anderen Vereinigungen siehe etwa Henke, S. 30 - 35; Seifert, S. 159 - 172; Grewe FSchr Kaufmann, S. 65 ff.; Leibholz DVBl 1951, 5; Scheuner DÖV 1967, 343; von der Heydte, Grundrechte II, S. 462 - 467; Mühlen, S. 19; Tsatsos / Morlok, S. 20 - 24.

⁵ Zum Verhältnis des Parteienbegriffs in Art. 21 I 1 GG zur Definition in § 2 PartG siehe etwa BVerfGE 24, 260, 263 ff.; Hamann / Lenz, Art. 21, Anm. B 1 a; BGH NJW 1974, 565; Bericht, S. 124; Reel, S. 33 f., MDHS-Maunz, Art. 21, Rdnr. 8 (1960); Tsatsos / Morlok, S. 22 - 24; Seifert / Hömig, Art. 21, Rdnr. 4. — Vgl. ferner Kroppenstedt / Würzberger VerwArch 1982, 318 f.

⁶ Die Parteieigenschaft der Grünen wird seit einiger Zeit für erörterungsbedürftig gehalten, vgl. Schmidt-Jortzig DVBl 1983, 776 f.; Stober ZRP 1983, 210 - 211; Kimminich DÖV 1983, 223 f.; Grimm DÖV 1983, 540 f.; Kimminich DÖV 1983, 542.

⁷ Siehe dazu § 10 II 3 PartG; § 4 II OrgSt SPD; § 9 I Statut CDU; § 8 I, II Satzung CSU; § 6 I Nr. 2 Satzung FDP; Wolfrum, S. 156; Reel, S. 336.

⁸ Z. B. Verlust der Wählbarkeit oder des Wahlrechts infolge Richterspruchs nach § 10 I 4 PartG.

⁹ § 26 III Buchst. a Satzung SSW sieht allerdings „unwahre Angaben zum Erwerb der Mitgliedschaft“ als Ausschlußgrund vor. — Vgl. auch unten § 4 J III 2.

¹⁰ § 8 III Satzung CSU („Streichung“ bei Nichtzahlung von Beiträgen); § 6 I Nr. 3 Satzung FDP (Beitritt zu gegnerischer Partei). Zu einem automatischen Verlust der Mitgliedschaft soll auch jeder Verstoß gegen § 6 I OrgSt SPD führen („Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen politischen Partei. Das gleiche gilt für die Tätigkeit, Kandidatur oder Unterschriftsleistung für eine andere politische Partei.“), vgl. BSchK vom 13. X. 1977, g. G. K., Bl. 11; BSchK vom 10. III. 1973, g. B. W., Bl. 7; BSchK vom 17. II. 1977, g. A. J. u. a., Bl. 5; PVSchK vom 26. VI. 1970, g. E. L., Bl. 2.

Verfahren des Ausschlusses nach § 10 IV, V PartG unzulässig umgangen werden, nicht aber, ob überhaupt ein Ausschluß in Betracht kommt¹². Ebenfalls unbehandelt, weil doch dem Aufnahmeverfahren näherstehend als dem Ausschluß, bleiben Probleme der „Kandidatenzeit“ neuer Mitglieder¹³. Neben dem Ausschluß eines Mitglieds sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, auf Fehlverhalten mit mildereren Sanktionen zu reagieren, etwa durch eine Rüge oder den zeitweiligen Entzug von Rechten¹⁴. Viele Überlegungen, die für den Ausschluß gelten, treffen auch auf diese Maßnahmen zu¹⁵. Die Beschränkung auf den Ausschluß erfolgt aber, weil dieser am weitesten die Rechtsstellung des Mitglieds verändert und an die strengsten Voraussetzungen geknüpft ist. Gesondert behandelt werden vorläufige Maßnahmen, die die Partei im Zusammenhang mit einem beabsichtigten Ausschluß gemäß § 10 IV 4 PartG treffen kann¹⁶, weil diese zwar zum Verfahren des Ausschlusses gehören, nicht aber über das Ob des Ausschlusses entscheiden.

III. Da es hier um den Ausschluß von Mitgliedern, also natürlichen Personen, geht, entfallen auch Betrachtungen über Maßnahmen, die sich gegen Gebietsverbände¹⁷, sonstige Gliederungen der Parteien¹⁸ oder deren Organe¹⁹ richten.

¹¹ § 13 V 1 OrgSt SPD: „Zahlt ein Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vorstand des Ortsvereins länger als drei Monate keine Beiträge, so gilt nach Ablauf eines Monats nach Zustellung der zweiten Mahnung die Nichtzahlung des Beitrags als Erklärung des Austritts.“

¹² Siehe dazu unten § 4 J sowie § 7 C; im übrigen BGHZ 73, 275, 278 ff.; Henke, S. 95; Seifert, S. 227 f.; Hasenritter DVBl 1980, 559 - 561; Wolfrum, S. 152; Trautmann, S. 208, Fußn. 65, und S. 213 - 215; Heimann, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 85 und S. 192; ders., politische Parteien, S. 35 f.; Schlicht, S. 74; Hahn, S. 37; ferner Schiedermaier AÖR 104 (1979), 207, der anscheinend den Ausschluß nach § 10 IV PartG auf Fälle abweichender politischer Meinungen beschränkt wissen will.

¹³ Vorschriften darüber finden sich nur in § 3 III, IV OrgSt SPD. Umstritten ist, ob Tatsachen, die Gegenstand eines Verfahrens auf Widerruf der Aufnahme waren, aber nicht zum Widerruf geführt haben, anschließend Gegenstand eines Ausschlußverfahrens sein können. Bejahend BSchK vom 10. III. 1978, g. B. W., Bl. 6 - 7; UBSchK Bielefeld vom 24. III. 1977, g. B. W., Bl. 6; verneinend BezSchK Ostwestfalen-Lippe vom 8. X. 1977, g. B. W., Bl. 3 f.

¹⁴ § 10 III 2 PartG; § 48 II Satzung CSU; § 10 II Statut CDU; § 7 I Satzung FDP; § 35 II OrgSt SPD; Seifert, S. 221 - 224; Heimann, politische Parteien, S. 39; Reel, S. 336 f.

¹⁵ Siehe etwa unten § 5; soweit auch mildere Maßnahmen im schiedsgerichtlichen Verfahren verhängt werden (z. B. §§ 34 II Nr. 1, 35 OrgSt SPD; § 31 III PGO CDU), gelten auch dort die Anforderungen aus § 14 IV PartG (dazu unten §§ 7 - 9).

¹⁶ Siehe unten § 13.

¹⁷ § 16 PartG; § 35 II Satzung FDP (Auflösung von Landesverbänden); § 24 Satz 2 Statut CDU (Einsetzung von Beauftragten); siehe dazu Rabus AÖR 78 (1952/53), 166; Wolfrum, S. 152 - 156; Kay, S. 138; Heimann, politische Parteien, S. 92; Reel, S. 288 f. und S. 342 (Fußn. 2).

¹⁸ Ziffer 1.7 Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD; Oerter, S. 61 ff.

¹⁹ Vgl. § 47 II Buchst. c Satzung CSU (Amtsenthebung von Organen).